

Fracking

Die Angst vor dem Gespenst aus dem Untergrund

10. Mai 2013 | 06:30 Uhr | Von Dieter Wrege



Auf dem Podium (von links): Ernst Kern (Wasserverband Nord), Jörg-Michael Rakow (Interessengemeinschaft Anti-Fracking), Peter Ewaldsen (Amtsvorsteher Südtondern), Minister Dr. Robert Habeck, Landrat Dieter Harrsen und Burkhard Jansen (Bauamtsleiter des Kreises). Foto: dew

Podiumsdiskussion von Land und Kreis in Niebüll diente zur Meinungsbildung: Spezielle Gasförderung mit Tiefbohrer - genannt Fracking - stößt allenthalben auf Ablehnung.

Niebüll. Die breite Masse der Bürger ist dagegen. Doch nach geltendem Recht ist es möglich: das so genannte Hydraulic Fracturing oder kurz Fracking - eine Tiefbohrtechnik, die zu einer unkonventionellen Gasförderung angewendet wird. Darum ging es in einer Info-Veranstaltung, zu der die Landesregierung und der Kreis Nordfriesland in die Niebüller Stadthalle gebeten hatten. Kreispräsident Albert Pahl in seiner Begrüßung: "Fracking - das ist ein Gespenst, das aus dem Untergrund kommt und uns Angst macht."

"Ich hätte gedacht, dass die Stadthalle voll wäre", bemängelte Südtonderns Amtsvorsteher Peter Ewaldsen in der Rolle des Moderators den Besuch von nur knapp 200 Bürgern. Land und Kreis ging es um Meinungsbildung zu diesem umstrittenen Verfahren, Bodenschätze zu fördern - unter dem fragwürdigen Deckmantel, die Energiewende zu unterstützen und die immer mehr schwindenden natürlichen Ressourcen zu schonen.

Nordfrieslands Bauamtsleiter Burkhard Jansen erklärte, wie Fracking geht und welche Ver-waltungsverfahren dazu ablaufen. Der Unterschied zur konventionellen Gasförderung be-stehe darin, dass sich der Tiefbohrer durch gering durchlässiges Gestein mithilfe toxischer Chemie hindurch frisst und dieses aufbricht, so dass das Gas nach oben entweichen kann. Zuständig für die Erteilung von Aufsuchungserlaubnissen ist die Bergbaubehörde in Clausthal-Zellerfeld. Die rechtliche Basis für das "unterirdische Geschehen" liefert das Bergbaugesetz für die preußischen Staaten von 1865, seit 1980 Bundesgesetz. Kommt es zu einem Verfahren, muss dieses zuvor die Hürde eines Planfeststellungsverfahrens nehmen.

Umweltminister Dr. Robert Habeck zum Bundesbergbaugesetz: "Es ist ein schlechtes Gesetz, das dringend der Erneuerung bedarf." Gleichwohl beteuerte er, dass seinem Ressort in der Eigenschaft als Genehmigungsbehörde die Hände gebunden sind. Auch gegen seine persönliche Überzeugung sei er gehalten, Aufsuchungsbewilligungen zu erteilen. Im Umkehrschluss seien Versagungen schwer zu begründen. Am Ende stehe die Frage, ob man das Gesetz brechen soll, um das Fracking zu verhindern. "Ich sehe mich an das Gesetz gebunden und muss das verneinen", erklärte Habeck, bekundete aber nochmals, dass das (Berg-)Recht unbedingt einer Änderung bedürfe. Dem (noch?) geltenden Recht stehe eine demokratische Bewegung entgegen, "auf die Sie stolz sein können", rief er den Anwesenden zu.

Auf die interfraktionell einstimmige Beschlusslage des Kreises (und des Nachbarkreises Schleswig-Flensburg) wies Landrat Dieter Harrsen hin. Beide Kreise fordern eine Ablehnung der Aufsuchungserlaubnisse - und eine grundlegende Novellierung des Bergrechts. "Vor unserem Kreishaus weht die gelbe Flagge. Wir warten auf eine Gesetzgebung in Berlin, die uns ruhig schlafen lässt."

Jörg-Michael Rakow, Sprecher der Anti-Fracking-IG im Lande, der 150 Mitglieder angehören: "Wir verstehen das alles nicht. Alle sind dagegen. Warum soll es stattfinden, wenn alle dagegen sind?" Mit ebenso klaren Worten lobte er die Bemühungen Minister Habecks um eine Änderung des Bergrechts. Mit Hinweis auf die ins Erdreich eindringenden toxischen Cocktails erklärte er, dass ohne sauberes Wasser ein Leben nicht möglich sei.

So sieht es auch Ernst Kern, Geschäftsführer des Wasserverbands Nord. "Bei der 'Aufsuchung' wissen wir nicht, was gefunden wird." Scharfe Kritik übte er an den Wissenschaftlern: "Ob CCS, CO2 oder Fracking - es sind immer dieselben, mit denen wir es zu tun haben." Schäden, die durch giftige Wasser gefährdende Stoffe verursacht werden, seien nicht mehr reparabel. Kern sprach sich für ein großräumiges und am liebsten totales Frackingverbot aus.

In vielstimmigen Diskussionsbeiträgen kamen Wut und Betroffenheit zum Ausdruck - und die Forderung, Vertreter von Frackingfirmen einmal mit aufs Podium zu holen. Amtsvorsteher Ewaldsen: "Wir alle sind aufgefordert dafür zu sorgen, dass die, die nach uns kommen, auch leben können." Einigkeit machte stark, lautete die Antwort auf die Frage, was man "dagegen" tun könne. "Die Menschen sind weiter als die derzeitige rechtliche Lage", sagte Minister Habeck. "Geht an die Bundestagsabgeordneten heran", riet Landrat Harrsen. Nach zweieinhalb Stunden verabschiedete Südtonderns Amtsvorsteher 200 nachdenkliche und betroffene Bürger.